

Per Mail: gesetzesrevisionen@bfe.admin.ch

Bern, 29. März 2023

Vernehmlassung: Bundesgesetz über die Aufsicht und Transparenz in den Energiegrosshandelsmärkten (GATE)

Sehr geehrte Damen und Herren

Sie haben uns eingeladen, zur obengenannten Vernehmlassungsvorlage Stellung zu nehmen. Für diese Gelegenheit zur Meinungsäusserung danken wir Ihnen bestens.

Allgemeine Bemerkungen

Mit der vorliegenden Vorlage möchte der Bundesrat die Transparenz im Strom- sowie im Gasgrosshandelsmarkt (Energiegrosshandelsmarkt) erhöhen. Hierfür sollen Marktteilnehmer verpflichtet werden, sich bei der Eidgenössischen Elektrizitätskommission (Elcom) registrieren zu lassen und der Aufsichtsbehörde Angaben über ihre Transaktionen und Handelsaufträge auf dem Energiegrosshandelsmarkt zu übermitteln. Das entsprechende Gesetz ist dabei stark an die bereits geltenden Regelungen in der Europäischen Union (EU) angelehnt.

Die Mitte begrüsst eine verstärkte Transparenz auf dem Energiegrosshandelsmarkt

Für Die Mitte ist eine zuverlässige und stabile Energieversorgung von zentraler Bedeutung. Da die schweizerische Energieversorgung eng mit dem europäischen System verflochten ist, ist sie jedoch anfällig für Entwicklungen auf den Energiegrosshandelsmärkten. Bei starken Preisaufschlägen ist bei den über die Strombörse abgewickelten Termingeschäften eine hohe Liquidität nötig. Im schlimmsten Fall kann dies zur Zahlungsunfähigkeit eines systemkritischen Marktteilnehmers führen, mit nicht abschätzbaren Folgen für die Schweizer Stromversorgung. Mit dem «Rettungsschirm», dem Bundesgesetz über subsidiäre Finanzhilfen zur Rettung systemkritischer Unternehmen der Elektrizitätswirtschaft, wurden die Risiken für die systemkritischen Unternehmen minimiert. Gleichzeitig erhöhte sich aber das ökonomische Risiko für den Bund, da er bei Zahlungsunfähigkeit eines Unternehmens finanziell einspringen muss.

Die Mitte unterstützt die schon 2022 formulierte Absicht des Bundesrates, mit weiteren Massnahmen längerfristig eine gute und sichere Energieversorgung zu gewährleisten und die Energiekonzerne widerstandsfähiger zu machen. Dazu gehören Transparenzvorgaben, eine angemessene Aufsicht sowie ein taugliches Business Continuity Management.

Vor diesem Hintergrund unterstützt Die Mitte die vom Bundesrat vorgeschlagene verstärkte Überwachung der Energieversorgung und damit einhergehend auch die beantragte Neuregelung. So wird aus ihrer Sicht ein offener und fairer Wettbewerb auf dem Energiemarkt sichergestellt und unzulässiges Marktverhalten, wie Insiderhandel oder Marktmanipulation, unterbunden.



Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und verbleiben mit freundlichen Grüßen.

Die Mitte

Sig. Gerhard Pfister
Präsident Die Mitte Schweiz

Sig. Gianna Luzio
Generalsekretärin Die Mitte Schweiz